

das Bürgeramt bei der Bürgerschaft erwartet dazu nicht geht, wiederum ein rein bürgertümliches Bürgertum zu bilden.

Die Wahl zum Bürgertum nicht benutzt werden zur Abschaffung der breiten Säulen des Proletariats, zu einer entschlossenen Kampfführung gegen den Bürgerblöd. Sie darf nicht eine Frage des parlamentarischen Kuhhandels bleiben. Die gegebene Situation muss ausgenutzt werden, um die bürgerliche Mehrheit zu sprengen. Sichem daher die Arbeitervierteln im Parlament um die geschlossene Front des Bürgertums, so muss der außerparlamentarische Flügel der Nation entschließen werden.

Die kommunistische Aktion hat den Sozialdemokraten eine gemeinsame Stellung angeboten. Die KPD hat vorgeholzten, den Bürgerehrenposten für Arbeitervertreter zu erkämpfen oder in einer Übereinkunft gegen den Bürgerblöd überzugehen, doch entschlossenes Kämpfen das Parlament aktivwütig zu machen und zur Auflösung zu zwingen. Die Sozialdemokratische Partei hat es in der Hand, die bürgerliche Mehrheit zu brechen. Die gegenwärtige Situation bietet dazu die günstigste Gelegenheit. Die SPD gelte trotz der Vorherrsche der sozialistischen Fraktion in den bisherigen Verhandlungen nicht den Willen zu einem konsequenteren Vorgehen gegen das Bürgertum. Bisher gelten die Sozialdemokraten nach dem Willen, in eine entschlossene und entschließende Opposition gegen das Bürgertum einzutreten. Ihre ganze Haltung denkt vielmehr daran, dass sie genau ihrer bisherigen Tradition im Städteparlament dem Bürgertum Vorhabe zu leisten glaubt und.

Die Arbeiterschaft, die sie in den letzten Monaten lange nicht genug um die Verteilung im Dresdner Städteparlament geführt hat, hat die Aufgabe, gegen diese Schwäche, den Arbeitervierteln wohltätige Haltung Stellung zu nehmen. Sie darf dabei nicht vergessen, dass die Dresdenner Aktion der SPD von den Bürgern um Raum geführt wird, die sich hier, so wie die Rechten im Landtag, als die Helfer des Bürgertums offenbaren. Ausbezogene die sozialdemokratische Arbeiterschaft aus die Pflicht, zu gleichen Voraussetzungen Stellung zu nehmen. Die kommunistische Partei ist bereit, mit den Sozialdemokraten gemeinsam den Kampf gegen den Bürgerblöd aufzunehmen. Zehn gilt es, die bürgerliche Mehrheit zu besiegen. Der Weg ist frei! Kampf um die Mehrheit der Proletarier im Städteparlament! Bezeichnung dieser revolutionären Schule durch KPD!

Der tapfere Führer der sächsischen „Linien“ Sozialdemokratie

Die sächsische Regierung hat bekanntlich den Vorschlag des Landesauschusses der SPD, Sämtliches Arzt, in den Ruhestand versetzt. Die SPD, welche fahrig gegen diese Maßnahme zum Teil klagt. Die Regierung erlässt darauf, dass die Versetzung in den Ruhestand im Einvernehmen mit Arzt erfolgt sei. Nur diese Mitteilung verbreite die Republikanische Korrespondenz eine Nachricht, die Erklärung der Regierung sei unsicher. Jetzt wird die Staatsanwaltschaft dem Fall neuverdacht, dass Arzt der Sozialist und seiner Verbindung ehemals gewesen sei. Es haben zwischen der Regierung und Arzt Verhandlungen stattgefunden, in denen die Regierung einen Vertrauensmann der Verbandsorganisation Arzt hinzugefügt. Arzt habe mit dieser verabredet, er wolle zurücktreten, wenn die Regierung eine vom ihm erstellte formelle Entschuldigung abgebe, in der gezeigt wird, dass Arzt dennoch gegen seine Verbindung in den ehemaligen Anhängern proteste, weil die gegen ihn entfaltete Rache das Vertrauen gewisser Volksvereine beeinträchtigt habe.

Der Ministerpräsident habe gegen diese Hoffnung Bedenken geäußert und Arzt habe ihm dann bereits erklärt, auch ohne eine solche Erklärung in den Ruhestand zu gehen. Von einer Nachvergeltung sei keine Rede. Wenn Arzt jetzt das Gegenteil behauptet, ist das unmöglich.

Der „Linien“ Arzt zeigte sich in dieser Angelegenheit wieder in seiner ganzen holdheit und Feigheit. Er weicht einem Konflikt mit der Regierung aus und hat nicht den Mut, die SPD-Arbeiter gegen den reaktionären Kurs mobil zu machen. Stattdessen läuft er draußen herum und summert.

Durch dieses Verhalten rechtfertigt und härtet Arzt die Rechte und die Koalitionsregierung und gibt der Gesellschaft um Arzt die Möglichkeit, die Aussichten zu einer unpolitischen in Bemerkung.

Trotz des so sehr jämmerlichen Verhaltens von Arzt muss aber noch festgestellt werden, dass es ja bei diesem Vorgehen

Der Browning

Von E. Mill

Bürgert Bodkin ist jetzt ein alter, gebrochener Mann, jogtogen ein Invalid der Arbeit, aber 1905, in den Revolutionsjahren war er in der vollen Blüte seiner Kräfte. Er war damals im Telegraphendienst, war geradezu ein Virtuose seines Werkzeuges.

Bodkin hatte einen Vaterfreund. Das war der Polizistische Majorlin. Sie waren ein Herz und eine Seele, besonders wenn sie beide Dutt hielten: der eine auf der Mandoline, der andere auf der Gitarre.

Dann kam die erste russische Revolution. Obwohl Bodkin ein beschiedener Mann war, begann er doch im stillen verschiedene Träume nachzuhängen, wie es gut sein könnte, wenn ... Wer die schwarzten Hundert ermordeten damals gerade in der Nachbarschaft einen Doktor und ein altes Weib, und Bodkin bekam es mit dem Angst „Auchbare Zeiten!“ fragte Bodkin.

Eines Tages sagte Majorlin zu ihm:

„Du, ich will dir helfen. Ich habe einen netten kleinen Fenster, ich verkaufe ihm dir, völlig, zum Selbstkosten.“

Ein reizender Browning. Bodkin gab seine letzten 10 Rödel hin und blieb sich wie ein gewöhnlicher Held. Der Browning liegt im Würschthof und es schlägt den Schlaf der Götter.

Sedoch mit den Reichsiden Mächtigen... Eines Morgens mögl. sich zur Türe eine ganze Kolonne hinein. Haushaltung! Ein Generalmeister, Spiegel, Freund Maxia ist auch dabei. Was kommt da Huber? Da vorne die Romane? Bodkin zitterte; er dachte an das, was unter den Feindesleibern im Würschthof lag.

Es wurde aber nichts gehenden. Als die Rude wieder leer war, zogte Bodkin sich auf. Welch ein Wunder! Er zog zum Schranken - der Revolver ist nicht da. Ein doppeltes Wunder!

Doch das Wunder stand wohl keine Erfüllung. „Du“, sagte ihm Freund Maxia, den er im Restaurant kennengelernt, „ich hab dich aus Freundschaft gerettet, hab dein Revolver aus dem Würschthof in meiner Tasche verschwinden lassen.“

„Sieger Freund Maxia! Einig dankbar.“

„Eigentlich“, meinte Maxia nach dem dritten Schnapschen, „hätten wir mir wenigstens 10 Kubelchen für den Haushaltshof damit geben können. Das dich ja vor Gefangenismus gerettet.“

um einen starken Vorstoß der Rechten und des Konservativen handelt. Arzt deswegen zur Strecke zu bringen, weil er der Gesellschaft zu Unrecht ist. Die Entfernung Arzts von seinem Posten erfolgt deswegen, weil er gegen die Rechten Stellung genommen, des weiteren, weil Arzt sich offen gegen die reaktionäre Haltung des Reichsbanners aussprach und nie die Kote Front eintrat.

Wenn ihnen Arzt nicht den eigenen Nutzen zur Abwehr dieses Angriffes aufbringt, lassen die sozialdemokratischen Arbeiter auf dem Landesparteitag doch mit aller Entschiedenheit gegen die reaktionäre Regierung Stellung nehmen. Der Fall Arzt zeigt neben dem Fall Künkel, wie die Regierung den Sozialdemokraten holt die Demokratisierung der Verwaltung aufzutragen. Die linksstehenden Beamten werden schikanieren und hinausgeworfen. Der Bruch gegen Arzt ist ein Bruch gegen die gesamte Linke in der SPD, und die Arbeiter der SPD müssen diese Vorstöße abwehren.

Die sächsische Koalitionsregierung?

Aus Berat geboren und innerlich unwohlhaftig

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ hält eigentlich im Anschluss an ein Interview des sächsischen Finanzministers Dr. Reinhold mit der am 1. Januar zwei Jahre lang antizierten Regierung der Großen Koalition in Sachsen. Sie bestätigt daher ihnen in der Überschrift ihres Artikels diese zwei Jahre Koalition als die Allianz des sächsischen Bürgertums. Das ist insoweit richtig, als die Große Koalition eben die Politik des sächsischen Bürgertums gemacht hat. Aber für viele Politik ist unzureichend die SPD, die den Ministerpräsidenten in Sachsen stellt und auch sonst entscheidenden Einfluss im Ministerium hat oder wenigstens haben könnte.

Die Allianz der zwei Jahre Große Koalition ist ja, dass selbst die „Leipziger Volkszeitung“ konstatieren muss, dass in Sachsen die Arbeiter dafür sorgen werden, dass diese aus Berat geboren, mit den wichtigsten materiellen und ideellen Interessen der Arbeiter bezahlte Große Koalition keine Wiederholung erfahren. Prählead prahlten die Bürgerlichen mit ihren Erfolgen in dieser aus Berat gebildeten Regierung. Mir fielen Schmerz und steigende Erditung nach, dass das Proletariat beklagen, dass die Freunde des Bürgertums nur zu berechtigt ist.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hofft jetzt, dass der Landtag bald aufgelöst werden wird. Sicher hat die rechtsozialistische Fraktion dieses Verlangen der sächsischen Arbeiterschaft beobachtet, und auch jetzt kann die „Volkszeitung“ noch nicht genau sagen, wann die Auflösung erfolgen wird. Zwar hat der Sächsische Parteitag der SPD die ganze Fraktion der SPD beauftragt, die Auflösung des Landtages zu stimmen. Aber die Entscheidung, wann das geschehen soll, liegt allein beim Parteivorstand in Berlin. Die „V.“ hat daher noch, wenn sie weiterhin besteht:

Der Parteivorstand trägt auch die Verantwortung, wenn die bürgerlichen Parteien weiter bestreitet und, prählead mit ihren Erfolgen, mit der flüchtelnden, aus Berat geborenen Großen Koalitionsregierung zu prahlen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ weiß an Hand der Aussagen des sächsischen Finanzministers Reinhold weiter noch, was der sozialdemokratische Ministerpräsident heldi wiederholt seine eigenen Vortriebszettel angekündigt hat. Im Interesse der Reaktion vorgenommene Kalistellungen von republikanischen Beamten ließe heldi als harmlose Veränderungen oder Verleihung in den Ruhestand umzuführen. Die „Leipziger Volkszeitung“ sieht dies wünschlich.

Wenigstens innere Unwahrhaftigkeit liegt dagegen in der Darstellung des sächsischen Ministerpräsidenten heldi.. heldi bleibt ja wieder einmal selber leer!

Aber über diesen heldi hält der Berliner Parteivorsitz noch immer seine schwüle Hand und verhindert mit ihm gemeinsam die im Interesse der sächsischen Arbeiterschaft dringend erforderliche Auflösung des Landtages.

Der Erzhergermörder Schulz verhaftet?

Berlin, 6. Januar. Wie die Margenkäfer melden, soll nach der „Linger Tagepost“ am Montag von der Gardermutter des Bodes knapp auf der Suche nach einem Wechselseiter der Mörder Erzhergers, Schulz aus Saaleck an der Saale, verhaftet worden sein. Schulz gab an, ein Kammerdiener Allesseins zu sein. Er wohnte unter dem falschen Namen „Obago von Pachmann, Kaufmann aus München“ bei dem Kaufmann Berger in Bad Kösen. Die deutschen Behörden sollen von der Verhaftung des Schulz verständigt worden sein.

Bodkin gab seinen letzten Zehner hin. Und der Browning? Martin lächelte. Den hab ich schon längst an einen andern verkauft.“

Sobald davon wird Bodkin eine Folge der Haussuchung aus der Stadt verschwinden. Unterwegs trifft er im Wagen einen Freunden „Ja“ erzählt der Freunde, ich kann noch von Süd reden. Denkt dir, bei der Haussuchung, da hatte ich einen Browning in der Kommode. Zum Glück hat mich ein Freund, Phetlin, gerettet. Ich habe ihm dann einen Zehner zum Donal gegeben. Später erfuhr ich von vier anderen Bekannten, dass ihnen genau dasselbe passiert war.“

Das sind meine Revolutions-Identen,“ beschlich Bodkin seine Erinnerungen aus dem Jahre 1905. „Seit der Zeit konnte ich Polizeidienste nicht ausstehen. 1917 habe ich persönlich welche verhaftet.“

Diktator des Polizeifabels

1912

Das Preußische Dreilässighaus, längst bekannt als die Karoliner einer Vertretung, hat nunmehr auch den letzten Schüler, hinter der es seinen wahren Charakter noch notdürftig zu verbergen suchte, fallen lassen: Es hat die Polizei ins Abgeordnetenhaus gerufen und durch Anwendung gekonnter Gewalt die Immunität des Abgeordneten verstreut. Zuerst ist im November des Jahres 1912 durch den nichtwilligen Gewaltstrichter des Ministeriums Brandenburg die Soldaten des Preußischen Abgeordnetenhauses draußen, um dieses Parlament durch die Abgeordneten auszumarschieren, die protestierten die Mitglieder des Hauses gegen diesen militärischen Streich und erklärten nur der Gewalt welchen zu wollen. Heute, 64 Jahre später, rast der Präsident dieses gleichen Parlaments die Polizei unter Zustimmung fast des gesamten Hauses in den Saal und lässt einen der wenigen württembergischen Vertreter des Volkes mit Gewalt entfernen. Damit hat das Preußische Abgeordnetenhaus, das dazu da sein soll, um über Macht und Gewalt zu wachen, leider den flagrantesten Rechts- und Gesetzesbruch verübt. Es hat das eigene Urteil gefasst. Und um die Stimme des Volkes zu erfüllen, proklamieren man die Diktatur des Reichsgerichts.

Arbeiter, Parteigenossen! Wir fordern euch auf, in massiven Protestversammlungen eure Stimme zu erheben gegen diesen Gewaltstrichter.

Der Parteivorsitz der Sozialdemokrat. Partei Deutschlands

Berlin, Freitag den 10. Mai 1912

Die Kosten des Volksentscheids

Düsseldorf, 6. Januar. (Eigenes Drahtbericht.) Das Rhein-Ruhr-Vorsteckamt gibt eine von den „Düsseldorfischen Nachrichten“ auf Grund amtlicher Angaben vorgetragene Berechnung der Kosten eines Volksentscheids. Danach wird errechnet, dass die reinen Kosten nur 15 000 Mark betragen. Selbst wenn man für Agitation 50 000 Mark dazu einlegt, so geben sich nur etwa 70 000 Mark. Der Rhein-Ruhr-Vorsteckamt knüpft daran die Bemerkung, dass der ADGB bei einer Umfrage also höchstens 2 Pfennig pro Mitglied zu zahlen haben braucht, um die Kosten zu decken.

Es ist also nicht die Kostenfrage, die der ADGB, als Zuwiderhandlung gegen die Bemerkung, dass der ADGB bei einer Umfrage also höchstens 2 Pfennig pro Mitglied zu zahlen haben braucht, um die Kosten zu decken.

Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sprechen!

Neue Separatistenbewegung im Rheinland

Köln, 6. Januar. (Eigenes Drahtbericht.) Eine Bewegung des „Roten Fahne“ weist darauf hin, dass die verschärfte Wirtschaftslage und Bedrohung der Bevölkerung durch die reaktionären Verbände zu einem Wiederaufstehen separatistischer Gruppierungen geführt habe. Die Bewegung wird in der Sonntagszeitung von Wirtschaftskreisen getragen, die behaupten, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung Industrie und Wirtschaft des Rheinlandes zwistig habe. Das Haupt der Bewegung ist der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer. Die Bewegung wird in vielen Bevölkerungsschichten so stark bewerkstelligt, dass die Gewerkschaftsorganisation des Zentrums bereits beschlossen hat, bis zu den neuen separatistischen Verbündungen zu greifen. Es verlautet, dass rheinische Zentrumstreit in den nächsten Tagen in Berlin vorstellig werden müssen, um die Reichsregierung auf die separatistische Entwicklung hinzuweisen und Maßnahmen zu fordern.

Bürgerliche Hoffnungen auf die Große Koalition

Berlin, 6. Januar. (Eigenes Drahtbericht.) Die demokratische Presse sieht ihre Bemühungen, die SPD in die Große Koalition zu treiben, unentwegt fort. Besonders gefährlich wird daraus hingewiesen, dass es sich beim ablehnenden Volkswillen der Berliner Funktionäre ja nicht um das Reich handelt. In die von Hermann Müller im Schlusswort vorgebrachte Ansicht, dass die Erhaltung der Republik die Partei vor Zerfall holen kann, die auch eine Große Koalition möglich und erträglich machen könnten“, knüpft besonders das „Berliner Tageblatt“ große Hoffnungen. Die „Volkszeitung“ kann in den feierlichen Worten ebenfalls der Ansicht, dass der Berliner Zentrumsvorschlag eine Bindung für die Reichstagswahl bedeutet, die schwer Verantwortung der Ablehnung des vor der Zentrumsvorschlags am Sonntag zu erwartenden neuen Koalitionsangebotes nicht auf sich nehmen könne. Der „Berliner“ gründet die Pressestimme zum Berliner Funktionärsbeschluss in tendenziös, dass seine Übereinstimmung mit der demokratischen Presse klar zu erkennen ist. Es schlägt aber doch mit der Feststellung, dass die für den Fall des Nichteintritts in die Koalition angedachte Rechtsentwicklung nur dann möglich sei, wenn das Zentrum dabei mitmacht.

Verbot der Erwerbslosendemonstrationen in Danzig

Danzig, 6. Januar. (Eigenes Drahtbericht.) Das Danziger Polizeipräsidium hat eine für den 7. Januar eingeführte Erwerbslosendemonstration vorboten und alle Versammlungen unter freiem Himmel wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Erfahrung der Verhetzung ebenfalls untersagt.

40 Millionen Mark Hochwasserschäden

Berlin, 6. Januar. (Eigenes Drahtbericht.) Von offizieller Seite wird der durch Hochwasser dem Reich entstandene Schaden auf 40 Millionen Mark geschätzt. Tausende Familien sind obdachlos und existenziell gemacht.

Bisher für 20 Millionen gefällte Banknoten festgestellt

Berlin, 6. Januar. (Teleunion.) Wie die „Volkszeitung“ aus Paris meldet, wurde am Dienstag, 6. Januar, festgestellt, dass auf Grund der Berichte der französischen Vertreter im Auslande bisher für 20 Millionen gefällte französische Banknoten festgestellt worden sind.

1925

Geschäftsordnungsmäßig war ja der Vizepräsident Grob im Reich. Er hätte wohl durch Verhören der wiederholten großen Jurys der Kommunisten den Höhepunkt des Spektakels verhindern können - hatte er aber einmal die Abgeordneten aus dem Saal gewiesen, wozu ihn die Macht ihrer Fäuste bestimmt und weigerten sich die ausgewählten Abgeordneten gehorchen. Den prahlenden Teil seiner Zeit nutzte er auf den Gütern des Herrn erstmals aus, um die wenigen freien Stunden zu nutzen, wohin Jungs, Jins, Gült, Bode, Kellergold (Kriegsteuer), Kaindestuer und Reichsteuer gezahlt werden. Er konnte nicht wissen, ob sie noch bestehen, ohne doch dem Herrn gezahlt werden. Er nutzte, außer den regelmäßigen Freitagen, für den gnädigen Herrn Güter zusammen, Heidegüter zusammen, das Wild zur Jagd treiben, das musste ruhig zusehen, wenn das Wild seine Freiheit zerstört. Die Gemeindegüter und Waldungen der Bauern waren fast überall des Eigentums, er schaltete den Herrn vollständig über die Verlust des Bauern, über die seiner Frau und seiner Tochter. Er holte den Reichtum der ersten Stadt. Er war in den Tagen, wenn man ihm bestreite, wo ihm mit derselben Sicherheit wie jetzt der Vizepräsident bestreite, dann trocknete dem Herrn, der Bauer Gemeindegüter und Waldungen der Bauern waren fast überall des Eigentums, er schaltete den Herrn vollständig über die Verlust des Bauern, über die seiner Frau und seiner Tochter. Er holte den Reichtum der ersten Stadt. Er war in den Tagen, wenn man ihm bestreite, wo ihm mit derselben Sicherheit wie jetzt der Vizepräsident bestreite, dann trocknete dem Herrn, der Bauer Gemeindegüter und Waldungen der Bauern waren fast überall des Eigentums, er schaltete den Herrn vollständig über die Verlust des Bauern, über die seiner Frau und seiner Tochter. Er holte den Reichtum der ersten Stadt. Er war in den Tagen, wenn man ihm bestreite, wo ihm mit derselben Sicherheit wie jetzt der Vizepräsident bestreite, dann trocknete dem Herrn, der Bauer Gemeindegüter und Waldungen der Bauern waren fast überall des Eigentums, er schaltete den Herrn vollständig über die Verlust des Bauern, über die seiner Frau und seiner Tochter. Er holte den Reichtum der ersten Stadt. Er war in den Tagen, wenn man ihm bestreite, wo ihm mit derselben Sicherheit wie jetzt der Vizepräsident bestreite, dann trocknete dem Herrn, der Bauer Gemeindegüter und Waldungen der Bauern waren fast überall des Eigentums, er schaltete den Herrn vollständig über die Verlust des Bauern, über die seiner Frau und seiner Tochter. Er holte den Reichtum der ersten Stadt. Er war in den Tagen, wenn man ihm bestreite, wo ihm mit derselben Sicherheit wie jetzt der Vizepräsident bestreite, dann trocknete dem Herrn, der Bauer Gemeindegüter und Waldungen der Bauern waren fast überall des Eigentums, er schaltete den Herrn vollständig über die Verlust des Bauern, über die seiner Frau und seiner Tochter. Er holte den Reichtum der